Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr. monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 589. Abendblatt. Dienstag, den 18. Dezember. 1866.

Deutschland.

Berlin, 17. Dezember. Se. Maj. der König empfing heute Vormittags den Gouverneur von Magdeburg, General Herwarth v. Bittenfeld. Mittags verweilten der König und der Kronprinz von Sachsen über eine Stunde zum Besuche im Königlichen Palais, und begrüßten alsdann auch die Mitglieder der Königsfamilie. Nachmittags konferirte der König mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Um 5 Uhr fand im runden Saal des Königl. Palais Geladiner statt. An demselben nahmen der König und der Kronprinz von Sachsen mit ihrem Gefolge, die Prinzen und Prinzessinnen und andere Fürstlichkeiten Theil; außerdem waren höhere Militärs, alle Minister zc. geladen. Der Thee wurde von den Majestäten und den übrigen Herrschaften bei der Königin Wittwe in Charlottenburg eingenommen.

— Der König von Sachsen wohnte heute Morgens der Messe in der St. Hedwigs-Kirche bei und wurde alsdann mit dem Kronprinzen von der Königin Wittwe begrüßt.

— Eine höchst interessante Enthüllung darüber, was die mit Oesterreich verbündeten süddeutschen Regierungen eigentlich unter Vertheidigungskrieg verstanden, bringt eine Dresdener Korrespondenz in Nr. 278 der „Badischen Landeszeitung". Dort heißt es: Es wurde kürzlich durch Zufall ein Brief des baierschen Ministers v. d. Pfordten an seinen Gesandten v. Giese aus der Zeit des beginnenden Krieges aufgefunden. Darin wird ausdrücklich konstatirt, daß die österreichische Regierung „in dem Augenblick, als ihr eigener Vorschlag zur Entwaffnung in Berlin angenommen war, denselben fallen ließ und durch ausgedehnte Rüstungen die kriegerische Wendung herbeigeführt hat." Die große Schicksalsfrage, wer der wirkliche „Friedensbrecher" gewesen, ist hiernach gelöst; der Minister des großen „bundestreuen" Mittelstaates hat selber zugestanden, daß mit der Annahme des österreichischen Entwaffnungsantrages der Friede gesichert gewesen wäre, wenn nicht Oesterreich selber jetzt erst recht angefangen hätte, „durch ausgedehnte Rüstungen die kriegerische Wendung herbeizuführen." „Wie war es aber möglich," frägt die „Schw. Volksztg." mit Recht, daß die baierische Regierung, die vor Ausbruch des Krieges erklärte, gegen den Friedensbrecher einzutreten, sich nachher, „lediglich im Gefühl der Bundestreue, der Pflicht und Ehre" auf die Seite der Macht stellen konnte, welche sie selber als den einzigen und wahren Friedensbrecher kannte? Die Frage wird sich am einfachsten dadurch beantworten, daß Oesterreich seinen Verbündeten die Zerstückelung und Theilung Preußens zu ihren und seinen Gunsten versprochen hat. Der Krieg der Alliirten gegen die deutsche Großmacht war von einem Theil der Verbündeten wenigstens nichts als ein Eroberungskrieg, freilich ein unglücklicher, bei welchem die Rechnung ohne den Wirth gemacht war. Hoffentlich wird die Zukunft auch über diese Seite der österreichischen Konspiration gegen das deutsche Reformwerk Enthüllungen bringen."

— Das Staatsministerium hatte vorgestern eine Sitzung, die von $12\frac{1}{2}$ Uhr Mittags bis $4\frac{1}{2}$ Uhr dauerte.

— Am 16. d. M., Mittags 1 Uhr, ist der General-Superintendent Dr. Lehnert in Magdeburg gestorben.

— Graf Rittberg wird im Herrenhause beantragen: Die Regierung zu ersuchen, zur Erleichterung des Geldverkehrs und zur Beförderung des Kredits der Gutsbesitzer in den dazu geeigneten Städten Umschlagstermine ins Leben zu rufen, wie sie in Neu-Vorpommern und Mecklenburg bestehen.

— Die „Post" erhält folgende Zuschrift aus Paris vom 15. Dezember: Unsere Regierung scheint es zu bereuen, mit ihrem Entwurfe über die Armeereform zu früh an die Oeffentlichkeit getreten zu sein, denn statt Zustimmungsadressen regnet es Proteste, und zwar auch von einer Seite, wo man gewiß am wenigsten darauf gefaßt war. So empfing gestern der Staatsminister eine Deputation von sechs Abgeordneten der Majorität, welche Namens einer größeren Anzahl ihrer Gesinnungsgenossen die Erklärung abzugeben kamen, daß sie das Projekt mit Entschiedenheit bekämpfen würden. Sie erklärten sich gleichzeitig beauftragt, als allgemeine Gesichtspunkte des von ihnen selbst gewünschten Systems eine Nachbildung des schweizerischen Heerwesens, unter Beibehaltung jedoch eines stehenden Heeres von mäßiger Stärke anzuempfehlen. Sämmtliche Mitglieder der Deputation waren Vertreter von ackerbautreibenden Distrikten, welche sich durch die Maßregel als am härtsten betroffen erachten.

— (Sp. Z.) Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich am Sonntag auf der Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahnstrecke ereignet. Als der von Magdeburg kommende Güterzug, bestehend aus zwei Lokomotiven und ca. 40 Wagen, Morgens 4 Uhr an der zwischen Steglitz und Schöneberg gelegenen Bude 23 angelangt war, sprang der Kessel der einen Lokomotive, wodurch der Heizer Fuchs aus Potsdam vollständig in Stücke gerissen und der Maschinist so gefährlich verletzt wurde, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

— Die Kommission für Petitionen des Abgeordnetenhauses berieth am Sonnabend eine große Anzahl von Petitionen, darunter namentlich auch mehrere auf Verleihung von Schankkonzessionen. Auch eine Petition des Dr. med. Bertrand in Koblenz, welcher schon seit mehreren Sessionen seine schwer verständlichen auf seine Privatangelegenheiten bezüglichen Petitionen dem Abgeordnetenhause einsendet, lag vor. Sämmtliche Petitionen wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Eine Petition des Kaufmanns Zander und Genossen zu Stralsund, in welcher die Petenten um Erlaß eines Hypothekengesetzes für Neu-Vorpommern und Rügen bitten, wurde der Staatsregierung überwiesen. — Ferner lag eine Petition des Rabbiner Dr. Heinrich Jolowicz zu Königsberg i. Pr. vor, in welcher derselbe beantragt: die Aufhebung des Judeneides und Ersetzung desselben durch die Formel: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden . . . So wahr mir Gott helfe!" Es lag von einer Seite der Antrag vor, die Initiative zu ergreifen und der Staatsregierung die Annahme eines besonderen Gesetzentwurfs zu empfehlen. Die Kommission beschloß jedoch nach einer eingehenden Debatte, dem Hause zu empfehlen, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

— Die Fraktion der Konservativen und der freien konservativen Vereinigung hielten am Sonnabend eine gemeinsame Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend das Genossenschaftswesen und über die Wahlen zum norddeutschen Parlament, und die Stellung, welche die konservative Partei zu denselben einnehmen wolle. — Abends hatten die Fraktionen der Altliberalen des linken Centrums und der nationalen eine Berathung. Die ersten beiden werden sich mit der Tagesordnung des nächsten Plenums und Fraktionsangelegenheiten beschäftigen, die letzte den Vertrag mit Oldenburg berathen.

— In Osnabrück haben unlängst die dortigen Mitglieder des Nationalvereins die Frage besprochen, ob eine Auflösung der vorhandenen, fast ganz Deutschland überziehenden Organisation an der Zeit sei. Die Meinung Aller war, man müsse diese Organisation auf jeden Fall hin erhalten.

Berlin, 17. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) 45. Sitzung. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatte.) Es erfolgt die Feststellung der Rednerliste; während derselben wird ein Antrag des Abg. Dr. Glaser, der sich auf mehrere Paragraphen des Gesetzes bezieht, verlesen. Dann erhält das Wort der Abg. Strosser; er hebt die Wichtigkeit der Einrichtungen des Genossenschaftswesens hervor, verweist auf die segensreiche Wirksamkeit der Pioniere von Rochedale, wünscht eine Ausdehnung des Genossenschaftswesens auf den Bau von gesunden Arbeiterwohnungen und überhaupt eine größere Entwickelung des Genossenschaftswesens, deren rechtliche Stellung einer Regelung dringend bedürfe; hierfür genüge die Regierungsvorlage und er werde deshalb in erster Linie für diese stimmen, jedoch, wenn sie vom Hause nicht angenommen werden sollte, ohne Bedenken für die Vorschläge der Kommission stimmen. — Abg. Lesse: In einer Zeit, wo jeder einzelne Akt der Genossenschaft seiner Natur nach in einem andern Verhältnisse zu dem Handelsgesetzbuch steht, ist eine gesetzliche Regelung derselben nothwendig. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres in wirthschaftlicher Beziehung können wir den Genossenschaften eine größere Freiheit gestatten und auch dort Alles aus dem Wege räumen, was dem Prinzip der freien Selbstverwaltung widerspricht — Abg. Contze spricht gleichfalls für die freie Bewegung der Genossenschaften. Wenn der Wahlspruch toujours en vendette für Preußen gelten soll, muß dies Wort auch in allen Dingen, in der politischen, wie in der gewerblichen Frage zur Geltung kommen. — Abg. Laßwitz weist an praktischen Beispielen die Nützlichkeit und Nothwendigkeit des Genossenschaftswesens nach und bittet, den Strafparagraphen in dem Gesetze zu streichen, namentlich aber den §. 4 zu beseitigen; wolle man diesen Paragraphen der Regierungsvorlage annehmen, so möge man lieber das ganze Gesetz ablehnen, denn dieser Paragraph untergrabe den Lebensnerv der Genossenschaften.

Abg. Glaser (gegen den Kommissionsentwurf): Sehr wünschenswerth wäre eine genaue amtliche Statistik über die Genossenschaften. So liegen uns nur die Materialien vor, welche der Herr Antragsteller selbst gesammelt hat: nach der eigenen Ansicht desselben sollen die Genossenschaften kulminiren in den Produktiv-Associationen. Diese haben aber bis jetzt nur ein äußerst dürftiges oder vielmehr gar kein Gedeihen aufzuweisen; sie sind auch der Zahl nach gering; ihrethalben also wäre das Gesetz nicht nöthig. Auch die Konsumvereine, die für bestimmte Verhältnisse ganz gute Erfolge erreichen könnten, haben bis jetzt noch sehr wenig geleistet, weil sie einem Gewerbszweige Konkurrenz machen, wo die Konkurrenz sehr schwierig ist. Es blieben noch die Vorschußvereine übrig, die nach den Mittheilungen des Herrn Antragstellers selbst einen jährlichen Umschlag von $67\frac{1}{2}$ Millionen haben; dies ist aber nicht ganz der vierte Theil ihres Vermögens. Wenn nun der Umschlag in kurzen Zwischenräumen erfolgte, so daß eine große Anzahl von Personen dadurch befriedigt werden könnte, so wäre die Sache schon bedeutend; aber ein großer Theil der Darlehen wird immer an ein und dieselben Personen ausgegeben. Dazu kommt, daß das eigene Vermögen der Vereine im Verhältniß zum fremden Kapital ein sehr geringes ist. Und dies ist ja auch fast der einzige Vortheil, den dieselben gewähren, daß sie mit fremden Kapitalien, welche die einzelnen Personen nicht bekommen würden, von Vereinswegen Geschäfte treiben können. Die große Verbreitung der Genossenschaften hat ihren Grund zum großen Theile in der politischen Strömung der letzten Jahre, in der politischen Strömung seit der letzten Aera. (Gelächter.) Ich will damit durchaus nicht sagen, daß die Vereine, als solche, politische Tendenzen verfolgen, aber daß sie im Zusammenhange mit der politischen Strömung stehen, ist ganz gewiß: und ich glaube auch, daß sie bereits den Kulminationspunkt ihrer Entwickelung erreicht haben. Der Gesetzentwurf, wie er vorliegt, bringt für die Darleiher Nachtheile gegen früher, indem diese in Zukunft erst den Verein verklagen müssen und dann erst die einzelnen Mitglieder. Diese Stellung ist für das Publikum sehr ungünstig, zumal das im Reservefonds bestehende Vereinsvermögen bei den meisten Vereinen nur sehr gering ist. Um diesen Uebelständen abzuhelfen, empfehle ich meine Abänderungsanträge. Nehmen Sie den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf mit meinen Amendements an.

Minister v. Itzenplitz: Die Regierung hat schon früher erklärt, daß sie die Genossenschaften für nützlich hält; deswegen hat sie Ihnen ein Gesetz darüber vorgelegt. Die Regierung hat auch gewünscht, daß das Gesetz zu Stande kommen möge; deswegen hat sie mit Befriedigung Ihr Entgegenkommen gesehen. Aber es denken nicht Alle so wie die Regierung, und es sind schon Bedenken dagegen gemacht worden und Sie werden wohl noch mehr zu hören bekommen; deswegen wünscht die Regierung, daß das Gesetz in der von ihr vorgelegten Form angenommen wird; sie legt darauf namentlich großen Werth im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes überhaupt. Nicht als ob die Verwerfung des §. 4 und des Strafparagraphen die Regierung sogleich veranlassen würde, das Gesetz zurückzuziehen (Hört, hört! Bravo links), sondern es wird seinen gewöhnlichen Gang weiter gehen. Gerade deswegen wünscht aber die Regierung ihre Vorlage angenommen zu sehen. (Bravo.)

Abg. v. Vincke (Hagen): Wenn ich mich als Laie in diese Debatte mische, so geschieht es nur, um in dieser Angelegenheit meine persönlichen Sympathien für den Herrn Antragsteller auszusprechen und seine großen Verdienste auf's Wärmste anzuerkennen; und wenn man es in keiner Weise billigen kann, daß derselbe von der Regierung in seinem Berufe so gehindert worden ist, so kann man sich vielleicht gerade über die segensreichen Folgen davon jetzt freuen. (Heiterkeit.) Die Prinzipien, auf welchen die Genossenschaften beruhen, sind wesentlich konservativer Natur: Sparsamkeit, Selbstthätigkeit, Selbstverwaltung und das daraus hervorgehende Selbstgefühl, Prinzipien, deren Durchführung auf jedem Gebiete freudig begrüßt werden muß. Das Wichtigste aber ist die Solidarität, deren Durchführung auch in den Debatten dieses Hauses nur Nutzen schaffen könnte. Der Abg. Glaser hat gesagt, weil eine Menge Kapitalien in Folge der Solidarität flüssig würden, leide darunter der Nationalwohlstand. Ich glaube umgekehrt, daß das gerade ein Hebel für das Aufblühen des Nationalwohlstandes ist. Man kann doch nicht auf die ganze Sache verzichten, weil Krisen eintreten können. Auch wird ein Vorrecht für sie durchaus nicht in Anspruch genommen, sondern nur das gleiche Recht wie für andere derartige Korporationen. Ferner halte ich es für eine sehr tadelnswerthe Einseitigkeit, wenn man den Umstand, daß der geehrte Herr Antragsteller einen prononcirt politischen Standpunkt einnimmt, als Grund für die Unterdrückung dieser Vereine hinstellen will. Und ich halte es für einen Fortschritt der Regierung, daß sie von dieser Ansicht jetzt, wenn auch nicht in allen Beziehungen, abgelassen zu haben scheint. Wenn in jenen Amendements ferner noch eine Staats-Unterstützung verlangt wird, so muß ich mich auch noch hiergegen entschieden erklären. (Bravo.) Gerade dieser Punkt macht einen sehr wohlthätigen Unterschied zwischen dem geehrten Antragsteller und seinem verstorbenen Gegner Lassalle; es ist gerade ein hervorragendes Verdienst des ersteren, daß er die Selbstthätigkeit und Selbstverantwortlichkeit auf seine Fahne geschrieben hat. Die Hauptdifferenz zwischen der Regierungsvorlage und dem Kommissions-Entwurf liegt in dem §. 4 der ersteren, welchen auch ich für vollständig überflüssig halte, wenn der Oberpräsident nur sachliche Prüfungen vornehmen soll; soll er aber dazu dienen, einzelnen Institutionen vielleicht nach dem Prinzip des Abgeordneten für Stolp Konzessionen zu ertheilen, anderen dieselben zu verweigern, so können wir nie unsere Zustimmung dazu geben. Aber ich glaube, daß sich auch der geehrte Herr Antragsteller wohl entschließen könnte, unter verschiedenen Uebeln das kleinere zu wählen, damit nicht das ganze Gesetz, dessen Nothwendigkeit wir alle anerkennen, durch den andern Faktor der Gesetzgebung wieder in Frage gestellt wird. (Bravo.)

Schluß der General-Diskussion wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Schulze (Berlin) erhält als Antragsteller das Wort und fügt dem Kommissionsberichte noch weitere genaue Angaben über das Genossenschaftswesen bei. (Die zunehmende Unruhe im Hause macht den Redner schwer verständlich.) Die Genossenschaften beruhen auf dem sehr einfachen Prinzip, mit vereinten Kräften zu erstreben, was den geringen Mitteln des Einzelnen nicht möglich ist; überspannte Hoffnungen sind daher ungerechtfertigt. Ihr erstes Prinzip muß das der Selbsthülfe sein, da nur mit der Entfesselung aller Kräfte auch die Leistungsfähigkeit wächst, während durch Subventionen, welche sich, namentlich wenn sie vom Staate kommen, in Permanenz erklären, bei gesteigerten Anforderungen sittlicher und wirthschaftlicher Bankerutt herbeigeführt wird. Sache des Staats ist es nur, sich nicht hemmend, sondern fördernd zu verhalten und nicht durch Maßregelungen und ein ausgedehntes Konzessionswesen die Genossenschaften herunter zu bringen, sondern sie zu begünstigen durch alle Mittel, die er in Händen hat. Ohne Selbstverantwortlichkeit können die Genossenschaften aber nicht bestehen, und ehe wir ein solches schlechtes Gesetz annehmen, wollen wir lieber gar keins; denn mit der Zeit müssen unsere Anschauungen doch den Sieg davon tragen. Erhält der Staat einen entscheidenden Einfluß darauf, so wird er bald der alleinige industrielle Unternehmer sein. — Redner führt dann einige Widersprüche in der heutigen Auslassung des Herrn Glaser und einer gedruckt vorliegenden Schrift desselben an, welche mehrmals große Heiterkeit hervorrufen.

Die Königliche Staatsregierung hat erklärt, daß sie im Allgemeinen gegen das Gesetz, wie es in der Kommission angenommen, nichts einzuwenden habe, aber mit Rücksicht auf den andern Faktor der Gesetzgebung im Interesse des Zustandekommens des ganzen Gesetzes die Form der Regierungsvorlage vorzuziehen sei; dem gegenüber möchte ich bemerken, daß es die heilige Pflicht der Staatsregierung ist, ihren ganzen Einfluß darauf zu verwenden, daß das Gesetz beim Herrenhause durchgeht; und wenn die Regierung es Ernst damit meint, wird es wohl möglich sein. Preußen ist der Heerd der deutschen Genossenschaften, und es ist deshalb wohl die Sache der K. preußischen Regierung, daß die Initiative, die ihr eigenes Volk hier ergriffen hat, nicht wieder verloren gehe in dem Augenblick, wo Preußen im Begriffe steht, die ihm gebührende Stelle an der Spitze Deutschlands einzunehmen; und ich glaube, daß die Genossenschaftsbewegung bedeutend genug ist, um dazu beitragen zu können, die deutsche Aufgabe Preußens mit vollenden zu helfen. Ich denke, die Bewegung ist derart, daß sie jede andere politische und humane Entwickelung wesentlich vorbereitet; sie repräsentirt ein echtes Stück deutschen Wesens und zeugt von dem Adel des deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Die Generaldiskussion ist hiermit geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Glaser: Hr. Schulze hat sich auf eine Schrift von mir berufen, um Hrn. v. Vincke Succurs zu leisten in persönlichen Insulten gegen mich. (Unruhe links. Der Präsident v. Forckenbeck unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß diese Ausdrucksweise wohl keine parlamentarische sei. Redner fährt fort:) Hr. Schulze hat durch das willkürliche Herausgreifen zweier Sätze aus einer Sammlung von Vorträgen von mir nachzuweisen versucht, daß ich mich eines Widerspruches schuldig gemacht habe. Durch das Herausreißen einzelner Sätze Jemanden lächerlich zu machen, ist kein Kunststück; man nennt dies Sophistik; die Alten führten diese nicht auf einen Mangel des Urtheils, sondern des Charakters zurück; und ich überlasse Herrn Schulze, ob er glaubt, unrichtig geurtheilt oder Sophistik angewendet zu haben. (Unruhe links.)

Abg. Schulze (Berlin): Wenn ich noch mehr Stellen aus den Schriften des Hrn. Glaser vorlesen wollte, würden Sie immer wieder dasselbe gehört haben; ich glaube dies aber nicht nöthig zu haben, um so mehr, als ich das Urtheil über meinen Charakter wohl ruhig meinen Mitbürgern überlassen kann.

Das Haus ist schon sehr unruhig geworden, der Ruf nach Vertagung wird laut, vom Präsidenten aber nicht berücksichtigt, es wird vielmehr um 3 Uhr die Spezialdebatte eröffnet, und zwar zunächst über die §§. 1—4 und die zu §. 1 gestellten Amendements des Hrn. Glaser.

Abg. Dr. Becker: Daraus, das die Regierung im §. 4 den Genossenschaften so viele Beschränkungen auferlegt, scheint mir hervorzugehen, daß die Regierung gar nicht recht klar darüber zu sein scheint, wie es mit den Genossenschaften steht. Bei dem Entwurf der Statuten für die Genossenschaften muß man die lokalen und persönlichen Verhältnisse der Mitglieder sehr ins Auge fassen und erst durch Erproben bewähren sich manche Einrichtungen.

Abg. v. Bonin stellt den Antrag auf Vertagung, da das Amendement Glaser zu §. 1 noch nicht gedruckt vorliegt und vielen Mitgliedern des Hauses nicht verständlich ist.

Das Haus geht darauf ein. — Schluß $3\frac{3}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Schlußberathung des Budgets; außerdem wird auf Abend 7 Uhr eine Sitzung anberaumt, in der das Genossenschaftsgesetz zu Ende berathen werden soll.

Nordhausen, 15. Dezember. Auf dem am 11. d. hier abgehaltenen Kreistage ist beschlossen worden, daß anstatt einer zu veranstaltenden Sammlung freiwilliger Gaben für die von Sr. Königlichen Hoheit dem Kronprinzen in's Leben gerufene Invaliden-Stiftung der Kreis Nordhausen als Korporation eintrete und zur besseren Förderung des patriotischen Zweckes einen Beitrag von 3000 Thalern aus den disponiblen Mitteln des Kreis-Kommunal-Fonds zahle.

Verden, 16. Dezember. Vor einigen Tagen wurden die Offiziere des hier garnisonirenden westfälischen Kürassier-Regiments durch eine Einladung seitens der Offiziere des Füsilier-Bataillons Bremen überrascht. Gestern waren beide Offizierkorps vollzählig in dem berühmten „Hillmann-Hotel", von dessen Zinnen die preußische und Bremer Flagge wehten, zu einem glänzenden Mahle

versammelt. Das erste Glas weihte der Bataillons-Kommandeur, Oberstlieutenant v. Niebuhr, dem Wohle Sr. Majestät des Königs, worauf die Musik die preußische National-Hymne anstimmte. Bei dem zweiten Glase sprach Major Nachtigall den Wunsch aus, die während des Feldzuges bei der Mainarmee geschlossene Waffenbrüderschaft zwischen beiden Truppentheilen möge auch jetzt in guter Nachbarschaft und Freundschaft bestehen bleiben, und trank das Wohl der Kürassiere. Der Kommandeur derselben, Major von Arnim, sprach im Laufe des Diners seinen und seines Offizierkorps Dank aus und die Versicherung, daß sie gern in guten und in bösen Tagen mit dem braven Bataillon zusammengehen würden. Das Ganze war ein schöner Festtag, besouders für die Kürassiere, die für ein freundliches Entgegenkommen um so dankbarer waren, als sie in ihren neuen Garnisonen in dieser Beziehung gerade nicht verwöhnt werden.

Dresden, 15. Dezember. Es kann als ziemlich sicher angesehen werden, daß das 60. Infanterie-Regiment in der nächsten Zeit aus dem Königreiche zurückgezogen werden wird, ohne daß man daraus den Schluß zie[illegible]n darf, daß damit etwa die Räumung des Königreichs durch preußische Truppen beginnt. Bekanntlich ist die Zahl der Truppen, welche Preußen zur Besatzung des Landes zurückhält, durch den Friedensvertrag nicht limitirt. Es bestand daher gleich von vornherein die Absicht, einige Regimenter je nach Befinden der Umstände ins Königreich nachzusenden resp. daraus zurückzuziehen. Wie nun vor einiger Zeit beabsichtigt war, durch Vermehrung der Truppenanzahl den ernsten Willen der preußischen Regierung zu bekunden, Agitationen gegenüber den Friedensvertrag strikte durchzuführen, so hat dieselbe jetzt Veranlassung genommen, die Truppen zu vermindern, zumal in Berücksichtigung der Einquartierungslast, welche Leipzig bisher zu tragen hat und welche dieser Stadt es als sehr wünschenswerth erscheinen lassen muß, daß eine Erleichterung schon vor der nächsten Messe eintritt.

München, 14. Dezember. Das Entlassungsgesuch des Frhrn. v. d. Pfordten bildet gestern uud heute das Tagesgespräch; gestern als Gerücht, heute als vollendete Thatsache. Zwar ist das Gesuch des Ministers von Sr. Majestät noch nicht angenommen; allein an dessen Annahme ist, nachdem die Unterhandlungen mit dem Fürsten Hohenlohe durch dessen Rückkehr nach München einen Abschluß erhalten haben dürften, kaum zu zweifel . Fürst Hohenlohe, unser künftiger Minister des Auswärtigen, ist als erklärter Prenßenfreund bekannt; sein Programm ist kein anderes, als engster Anschluß an Preußen, und hierin kommt es den Ansichten des Königs entgegen, der sich wiederholt entschieden gegen einen Südbund ausgesprochen hat.

Ausland.

Paris, 15. Dezember. Die Reiseeffekten der Kaiserin sollen schon seit vier Wochen bereit stehen, woraus zu entnehmen ist, daß ihr Entschluß fest stand und durch allerlei Zwischenfälle wohl auch niemals erschüttert worden ist. Die allgemeine Stimme findet nur Worte des Tadels für diese moderne Pilgerfahrt. Die „Revue des deux Mondes" giebt dieser Mißbilligung folgenden gedämpften Ausdruck: „Verlängern wir um Gottes Willen nur nicht die Intervention in Rom, in welcher Form dies auch geschehen möge. Eine Reise der Kaiserin dorthin müssen wir bedauern, da ein solcher mit Pomp auszuführender Schritt nicht ohne Bedeutung bleiben kann. Ueberlassen wir die Versöhnung oder die Fortsetzung des Bruches zwischen dem Papst und Italien ihnen ganz allein. Da die Kaiserin, wie der „Moniteur" stets meldet, allen Kabinetsberathungen beiwohnt, so hat diese Reise nicht nur einen privaten, sondern auch einen politischen Charakter."

London, 15. Dezember. Die Gefangenen in Abyssinien tauchen wieder auf. Einer derselben hat an seine Verwandten in London geschrieben und nach diesem Briefe, der vom September datirt ist, werden sie vom Kaiser gut behandelt, doch wurde er, Mr. Rassam und noch ein Dritter, mehrfach mit Ketten an den Knöcheln gefesselt, um ihr Entweichen zu verhüten. Nach dem Schreiben scheint er gutes Muthes zu sein. Da der Brief jedoch augenscheinlich mit großer Behutsamkeit geschrieben, und ohne Zweifel vor seiner Beförderung gelesen worden ist, so liegt keine Möglichkeit vor, in der Sache klar zu sehen.

— Ein Theil des Gepäckes des Kaisers Maximilian ist nach einem Briefe aus Bristol mit dem österreichischen Schiffe „Cerita" aus Havanna daselbst eingetroffen. Diese Effekten waren nach Havanna geschickt worden, um von dort aus nach Triest weiter befördert zu werden und werden jetzt von Bristol aus nach ihrem Bestimmungsorte abgehen. Wie lange es dauern wird, bis der Kaiser seinem Gepäck folgt, ist die vielbesprochene Frage.

London, 14. Dezember. Die Telegramme, die wir fast täglich aus Sachsen erhalten, sind ein schlagender Beweis von dem Erfolge preußischer Politik und preußischer Tapferkeit. Der Triumph des Grafen v. Bismarck und seines Königlichen Gebieters ist in allen Stücken vollständig. Der König von Sachsen hat in förmlichster Weise seine unbedingte Hingebung an seinen mächtigen Nachbar kundgegeben, und das Volk, allem Auschein nach, willig sich in eine Veränderung gefügt, die thatsächlich eine dynastische ist. Es giebt in der That keinen Grund, warum die Sachsen sich nicht herzlich mit den Preußen einigen und gemeinsame Sache machen sollten für den Bestand eines Reiches, an welchem beide von jetzt an ein gemeinschaftliches Interesse haben werden. Was Sachsen an Unabhängigkeit verloren hat, gewinnt es an Sicherheit; als Bestandtheil eines mächtigen Staates wird es ruhiger seinen Weg gehen können, wie wenn es seine frühere Individualität bewahrt hätte. Das preußische Volk hat sich über wenig zu beklagen. Es ist bester regiert als die meisten jetzt mit ihm vereinigten Völker waren, und seine kommerzielle Wohlfahrt war lange ein Gegenstand des Neides für seine Nachbarn. Wir denken daher nicht, daß die Sachsen die Veränderung sehr zu beklagen haben werden.

Florenz, 15. Dezember. Der „Monde" veröffentlicht das Schreiben des Papstes, in welchem alle Bischöfe zum Feste Peters und Pauls (29. Juni) nach Rom entboten werden, „wenn (wie es in dem Schreiben heißt) der Arm des Allmächtigen den Ausbruch des drohenden Sturmes verhindern wird."

Madrid. Die Königin von Spanien ist am 15. in ihre Hauptstadt zurückgekehrt, nachdem sie am 13. Lissabon verlassen hatte. Die Thätigkeit der Kriegsgerichte ist während der Abwesenheit der Monarchin nicht einen Augenblick unterbrochen worden, und hat es allenthalben großes Aufsehen erregt, daß auch Herr Olozaga, ehemals Ministerpräsident und Senator, vor einen Militärgerichtshof geladen worden ist.

Pommern.

Stettin, 18. Dezember. In der gestrigen Monatsversammlung des hiesigen Gartenbau-Vereins ertheilte die Versammlung zunächst einstimmig die Genehmigung zu der vom Vorstande beschlossenen und bekanntlich auch bereits in Ausführung gebrachten Ertheilung der Ehren-Mitgliedschaft an den Oberförster Schmidt-Blumberg. — Sodann machte der Vorsitzende, Herr Professor Hering, die Mittheilung, daß dem Beschlusse vom 12. v. Mts. gemäß allen auswärtigen Mitgliedern des Vereins eine Abschrift des Schreibens des Professors Koch in Berlin vom 27. September sowie des auf die Pariser Ausstellung bezüglichen Programms mit dem Ersuchen übersandt sei, die Anmeldungen wegen Beschickung jener Ausstellung bis zum Jahresschluß einzusenden. Bis jetzt wären indessen Anmeldungen nicht eingegangen und ebensowenig hätten die Vereine zu Greifswald und Stolp sich bisher in Betreff ihrer Betheiligung an einer von der Provinz Pommern gemeinschaftlich zu veranstaltenden Ausstellung erklärt. Die Ausstellung währt, wie bei dieser Gelegenheit bemerkt wurde, vom 1. April bis 31. Oktober und ist für die Provinz Pommern für dieselbe eine Fläche von 4 Morgen reservirt. — Die Versammlung beschloß, für die Ausstellung von besonders hervorragenden, vorzugsweise gut kultivirten und neuen Seitens des Ausstellers selbst gezogenen Erzeugnissen des Gartenbaues in den Monatsversammlungen, eine Prämie, soweit die Vereinsmittel dazu ausreichen, zu bewilligen und soll dieser Beschluß der nächsten General-Versammlung mitgetheilt werden, um in derselben Wahl der erforderlichen Preisrichter nebst Stellvertreter vorzunehmen. — Ebenso wurde beschlossen, pro 1866 einen besonderen Jahresbericht über die Vereinsthätigkeit, da diese durch die kriegerischen Verhältnisse 2c. doch mehrfach gelähmt gewesen ist, nicht erscheinen zu lassen und diesen Beschluß der General-Versammlung unter dem Anheimstellen mitzutheilen, darüber zu beschließen, ob für künftige Jahre regelmäßig ein solcher Bericht herausgegeben werden solle. — In Folge eines Schreibens des Dr. Funk in Staßfurth bezüglich der Anwendung von Kali als Düngungsmittel und der sich hieran knüpfenden Mittheilung eines der Anwesenden, daß er durch Kalidüngung auf seinen Spargelbeeten einen besonders guten Erfolg erzielt habe, theilt der Herr Vorsitzende noch den Inhalt eines zweiten ihm zugegangenen Schreibens mit, welches die Düngung mit Asche von Braunkohlen sowie mit Ofenruß behandelt. Danach ist die Anwendung von Asche zur Beförderung des Wachsthums von Obstbäumen, namentlich auch auf einem an Nässe leidenden Boden, sehr zu empfehlen, ebenso Torfasche, da diese vorzugsweise viel Kali enthält, Ofenruß aber soll nach der Erfahrung des Briefstellers die Leistungen der Asche noch weit übertreffen. Asche muß ausgestreut werden, ehe man den Boden rayolt. — Das Aufstreuen von Cigarrenasche ist nach der Mittheilung eines Vereinsmitgliedes ein sehr wirksames Mittel, den Mehlthau von Zwergbäumen zu vertreiben. — Unter Hinweis auf die bedeutende Ausdehnung, welche der Zwiebelbau in hiesiger Gegend erreicht hat, empfiehlt Herr Koch-Grabow auf Grund selbst angestellter erfolgreicher Versuche als höchst zweckmäßig und, namentlich bei hohen Preisen des Saamens, wie z. B. in diesem Sommer, viel weniger kostspielig, das Aussäen auf besonders dazu herzurichtenden Beeten und die demnächstige, jedoch möglichst frühe Umpflanzung. Bei dem gewöhnlichen Ausstreuen des Saamens auf das für den Zwiebelbau bestimmte Land geht von demselbenu viel nutzlos verloren und habe dies bekanntlich auch den Nachtheil, daß der Saame sich oft höchst unregelmäßig vertheile. — Auf die Frage: „Ist eine Ueberschwemmung durch Hochwasser den Spargelbeeten nützlich?" bemerkte Herr Koch, daß Spargel nicht zu nassen Boden vertrage, weil die Krone sonst leicht abfaule, nur auf besonders trockenem Boden könne das Wasser vielleicht ohne Nachtheile sein. Die Frage: „Was für eine Gemüseart ist auf lehmigem Boden zu empfehlen?" findet ihre Beantwortung dahin, daß auf solchem Boden Alles wachse, nur sei es erforderlich, denselben recht gut zu bearbeiten, ihn namentlich zu lockern, wenn man auf lohnenden Ertrag rechuen wolle.

— Erst kürzlich nahmen wir Veranlassung, auf die häufig sehr unregelmäßige Abfuhr des Unrathes von den öffentlichen Plätzen der Stadt hinzuweisen. Auch jetzt wieder zeigt sich in Betreff der Abfuhr des Schnees eine im Interesse der Sicherheit und Bequemlichkeit des allgemeinen Verkehrs durchaus nicht zu billigende Lässigkeit, die allerdings nicht in ihrem ganzen Umfange der städtischen Verwaltuug zur Last gelegt werden kann, da die betreffenden Fuhren einem besonderen Unternehmer in Enteprise gegeben sind und nur der Entepreneur der eigentlich Säumige ist. Nichts desto weniger aber bleibt die städtische Behörde speziell der Königlichen Polizeiverwaltung gegenüber doch immer für eine derartige Verzögerung verantwortlich udd von diesem Gesichtspunkte ausgehend hat sich die Polizeibehörde denn auch, wie wir erfahren, veranlaßt gesehen, nuumehr die anderweite Abfuhr des namentlich noch am Bohlwerk in bedeutenden Massen bis heute ruhig lagernden Schnees auf städtische Kosten anzuordnen.

— In der Breitenstraße wurde heute Vormittag ein alter Mann von einem unbeladenen Einspänner übergefahren, ohne anscheinend nennenswerthe Verletznngen erlitten zu haben.

— Der Hauptmann v. Brandt à la suite des pommerschen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 2, ist unter Aggregirung bei diesem Regiment zum Major befördert.

— Heute Mittag ging das vor einem Schlitten befindliche Pferd mit demselben in der Schulzenstraße durch, lief auf einen vor dem Töpferschen Geschäfte daselbst haltenden Wagen los, welcher durch den heftigen Anprall umgeworfen und in Folge dessen eines der Pferde, wahrscheinlich durch einen Schlag, am Kopfe ziemlich erheblich verletzt wurde. Der Führer des Schlittens, ein etwa 17jähriger Mensch, wurde mit starker Vehemenz an der Ecke der Schulzen- und Königsstraße vom Schlitten geschleudert und erst in der Heiligengeiststraße gelang es, das noch immer im schnellen Laufe begriffene Pferd zum Stehen zu bringen.

Stadt-Theater.

Stettin, 18. Dezember. Kein Wunder ist es, daß die Weihnachtszeit, die uns ganz besonders für die materiellen Herrlichkeiten unserer erfinderischen Zeit empfänglich macht, den Sinn für das Ideale zurückdrängt, und selbst einer Produktion der Schillerschen Muse, wie uns gestern in „Fiesco" entgegentrat, ungünstig ist. — Und wir glauben in der That nicht zu irren, wenn wir hauptsächlich in diesem Umstande die Ursache finden, daß ein klassisches Stück vor so dürftig besetztem Hause gespielt werden konnte, wie es gestern der Fall war. — Freilich machte die Vorstellung selbst in mehrfachen Punkten den Eindruck, als hätten einige der Darsteller, die Oede des Hauses voraussehend, es nicht der Mühe werth gehalten, überall die nöthige Sicherheit in der Durchführung der Rolle sich anzueignen. Das Ensemble litt so merklich an diesem Mangel, daß der Effekt des Tragischen an vielen Stellen nur unvollkommen zur Geltung kam. Aus diesem Grunde wechselten nun Scenen, die an hinreißender Kraft nichts zu wünschen übrig ließen, mit solchen, die geradezu lahm gingen. Vortrefflich brachte Herr Bethge den Mohren zur Geltung, Anerkennenswerthes leistete Herr Weiser als Verrina, sowie sämmtliche Damen. Leider war selbst die Hauptrolle Fiesco (Herr Buchholz) an vielen Stellen nicht frei von der oben erwähnten Unsicherheit, und das Korps der Genueser war nichts weniger als am Platze. Uebrigens besserte sich Alles gegen das Ende des Stückes hin, so daß auch dem Gesammteindruck des Stückes einigermaßen aufgeholfen wurde.

—l.

Literarisches.

H. Kauffmann, Alltagsgeschichten, zwei Erzählungen für die reifere weibliche Jugend. Neu-Ruppin S. 206 mit vier Zeichnungen in Tondruck. Die Erzählungen sind in guter Sprache geschrieben und führen uns ein in das fromme Gemüth jugendlicher Seelen ohne einer schwächlichen Empfindsamkeit zu verfallen. Wir glauben dieselben zu Weihnachtsgeschenken empfehlen zu können.

R. Springer, die letzten Tage von Pompeji für die reifere Jugend nach Bulwer bearbeitet. Neu-Ruppin S. 356 mit vier Bildern in Tondruck. Die Erzählung ist lebendig und äußerst spannend, führt auch sehr gut in die letzten Zeiten des römischen Heidenthums ein. Ob aber der Gegenstand sich für die Jugend eigne, darüber sind uns doch mancherlei Bedenken aufgestoßen. Wir selbst haben das Buch, welches mit großem Geschicke bearbeitet ist und die schlimmsten Partieen des Bulwerschen Werkes übergeht, mit größtem Interesse gelesen und halten es für junge Männer gesetzten Charakters, welche sich ein Bild jener Zeit schaffen wollen, ganz geeignet.

Neueste Nachrichten.

München, 17. Dezember, Nachmittags. Zufolge Allerhöchst genehmigten Beschlusses des Finanzministeriums beginnt nunmehr die Ausgabe von 15 Millionen unverzinslicher Kassenanweisungen zu 2, 5 und 50 Gulden.

Triest, 17. Dezember, Nachmittags. Der Lloyddampfer „Juno" ist mit der ostindischen Ueberlandpost um 2 Uhr Nachmittags heute aus Alexandrien hier eingetroffen.

Florenz, 17. Dezember. Die „Nazione" ver[illegible]chert, der Kaiser Napoleon habe den König und dessen Regierung wegen der in der Thronrede ausgedrückten Politik der Versöhnlichkeit beglückwünscht.

London, 17. Dezember. Aus Newyork vom 15. d. wird nachträglich gemeldet: Der Kongreß hat den Negern im Columbia-Distrikt das allgemeine Stimmrecht gewährt.

Kopenhagen, 17. Dezember, Vorm. Der frühere Konseilspräsident, Geheimrath Blume, ist gestern nach längerem Leiden gestorben.

Petersburg, 17. Dezember. Frankreich und Rußland haben ein Uebereinkommen abgeschlossen in Betreff des Umbaues der Kuppel der Kirche zum heiligen Grabe in Jerusalem. Die Gesandten von Frankreich und Rußland haben ferner die Beseitigung der Privatwohnungen auf der Terrasse d[illegible]rselben Kirche gefordert.

Petersburg, 17. Dezember, Nachmittags. Beim Begrüßungsempfange der Edelleute in Wilna erklärte der General-Gouverneur Baranow, das Verwaltungssystem werde nicht, wie in böswilliger Absicht verbreitet worden, geändert, sondern alle Befehle des Kaisers und alle Maßregeln der Regierung in den westlichen Gouvernements würden auf das Pünktlichste ausgeführt werden.

Viehmärkte.

Berlin. Am 17. Dezember c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigem Viehmarkte zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1765 Stück. Durch den Handel nach dem Auslande war das Geschäft nur mit Prima-Qualität lebhaft, bei Mittelwaare, welche in größerer Anzahl vorhanden, waren die Preise merklich gedrückter, und konnte für dieselbe nnr 12—14 Thlr., ord. 9-10 Thlr. pr. 100 Pfd. erzielt werden.

An Schweinen 3248 Stück. Der Handel war ziemlich lebhaft, Prima Qualität wurde gesucht und gern mit 17 Thlr. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schafvieh 1990 Stück, welche selbst zu gedrückten Preisen nicht aufgeräumt werden konnten.

An Kälbern 852 Stück, wofür sich die Preise gedrückter als seit einigen Wochen gestalteten.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 16. Dezember, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Ferdinand, Nausch von Windau; Johann, Wilde von Königsberg: Oberon, Bohrmann aus Sunderland; letzteres löscht in Swinemünde. Revier $14\frac{5}{12}$ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 18. Dezember. Witterung: trübe. Temperatur 2° R. Morgens 2° Kälte. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen matter, loco pr. 85pfd. gelber 75—$84\frac{1}{2}$ Rt bez., weißer 74—85 Rt bez., schles. Kannoissemente $80\frac{3}{4}$ Rt bez., 83—85pfd. gelber Dezember 83 Rt bez., $83\frac{1}{4}$ Br., Frühjahr $85\frac{1}{2}$, 85 Rt bez., $85\frac{1}{4}$ Br. u. Gd., Mai-Juni $86\frac{1}{4}$, 86 Rt bez. u. Br.

Roggen matter, pr. 2000 Pfd. loco $52\frac{1}{2}$—54 Rt bez., Dezember u. Dezember-Januar $53\frac{1}{4}$, 53 Rt bez. u. Br., Januar-Februar $52\frac{3}{4}$ Rt bez., Frühjahr 53 Rt bez., Br. u. Gd.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüböl behauptet, loco $12\frac{1}{4}$ Rt Br., Dezember $11\frac{11}{12}$, $\frac{23}{24}$ Rt bez., 12 Rt Br., Dezember-Januar $11\frac{11}{12}$ Rt Br., April-Mai $12\frac{1}{6}$ Rt Br.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß $15\frac{1}{2}$, $\frac{7}{12}$ Rt bez., Dezember u. Dezember-Januar $15\frac{1}{2}$ Rt Br., $15\frac{5}{12}$ Rt Gd., Frühjahr $16\frac{1}{6}$ Rt Br., $16\frac{1}{12}$ Rt Gd.

Angemeldet: 200 Wspl. Roggen, 100 Ctr. Rüböl, 10,000 Qrt. Spiritus.

Hamburg, 17. Dezember. Getreidemarkt. Weizen loco gutes Geschäft 1—2 Thlr. höher, ab Auswärts höher gehalten, auf Termine sehr fest, 1—2 Thlr. höher. Pr. Dezember 5400 Pfd. netto 151 Bankothaler Br., 150 Gd., pr. Frühjahr 149 Br., 148 Gd. Roggen ruhig, pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 90 Br., 89 Gd., pr. Frühjahr 89 Br. u. Gd. Oel loco $25\frac{3}{4}$, pr. Mai $26\frac{3}{4}$. Kaffee fest. Zink 2000 Centner Frühjahr 14 Mk. 8 Sch., 2000 Centner pr. Januar 14 Mark $5\frac{1}{2}$ Sch. — Wetter kalt.

Amsterdam, 17. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Roggen auf Termine 2 Fl. höher. Raps pr. Dezember $75\frac{1}{2}$, pr. April $76\frac{1}{2}$. Rüböl pr. Mai $41\frac{1}{2}$, Oktober-Dezember $42\frac{3}{4}$.

London, 17. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer und russischer Weizen 1 Sch. theurer. Mahlgerste 1 Sch. billiger. Russischer Hafer fest, geringere Sorten billiger. — Schönes Wetter.